

Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Vorstand der Mutares Management SE als persönlich haftende Gesellschafterin sowie der Gesellschafterausschuss und der Aufsichtsrat der Mutares SE & Co. KGaA („**Gesellschaft**“) erklären gemäß § 161 AktG, dass die Gesellschaft den durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 27. Juni 2022 in Kraft getretenen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 28. April 2022 („**DCGK**“) seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung im Dezember 2024 entsprochen hat und auch zukünftig entsprechen wird, und zwar nach Maßgabe der im Folgenden beschriebenen rechtsformspezifischen Besonderheiten der Kommanditgesellschaft auf Aktien („**KGaA**“) und der Ausgestaltung dieser Rechtsform durch die Satzung sowie mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten Abweichungen.

I. Rechtsformspezifische Besonderheiten

Der DCGK ist auf Gesellschaften in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft („**AG**“) oder einer Europäischen Gesellschaft (*Societas Europaea, SE*) zugeschnitten und berücksichtigt nicht die Besonderheiten der Rechtsform einer KGaA. Viele Empfehlungen des DCGK können daher nur in modifizierter Form auf die Gesellschaft angewandt werden. Wesentliche Besonderheiten ergeben sich insbesondere aus den folgenden rechtsformspezifischen Besonderheiten.

1. Geschäftsführung

Die Aufgaben eines Vorstands einer AG werden bei einer KGaA von persönlich haftenden Gesellschaftern wahrgenommen. Alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft ist die Mutares Management SE, deren Vorstand („**Vorstand**“) damit die Führung der Geschäfte der Gesellschaft obliegt.

2. Gesellschafterausschuss

Die Rechtsform der KGaA bietet anders als die der AG die Möglichkeit, weitere fakultative Organe zu schaffen. Der satzungsgemäß bei der Gesellschaft eingerichtete und von der Hauptversammlung der Gesellschaft gewählte Gesellschafterausschuss hat Vertretungsmacht sowie Geschäftsführungsbefugnis für die Rechtsverhältnisse zwischen der Gesellschaft einerseits und der persönlich haftenden Gesellschafterin und/oder ihren Organmitgliedern andererseits.

Darüber hinaus übt er sämtliche Rechte im Zusammenhang mit den von der Gesellschaft an der persönlich haftenden Gesellschafterin gehaltenen Anteilen aus; insbesondere obliegen ihm die Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung der persönlich haftenden Gesellschafterin und die Verfügung über die Anteile der Gesellschaft an der persönlich haftenden Gesellschafterin.

3. Aufsichtsrat

Im Vergleich zu dem Aufsichtsrat einer AG sind die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats einer KGaA eingeschränkt. Insbesondere hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft keine Personalkompetenz in Bezug auf die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat der KGaA ist daher nicht zuständig für die Bestellung oder Abberufung der persönlich haftenden Gesellschafterin bzw. deren Vorstandsmitglieder. Damit ist er auch nicht zuständig für die Regelung von deren vertraglichen Bedingungen wie insbesondere der Vergütung oder die Berücksichtigung des Verhältnisses der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft; ebenfalls besteht keine Zuständigkeit des Aufsichtsrats der KGaA hinsichtlich der Festlegung einer Altersgrenze für die Vorstandsmitglieder, der Zusammensetzung des Vorstands, der Dauer der Bestellung, der Nachfolgeplanung, des Erlasses einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung oder der Festlegung von zustimmungspflichtigen Geschäften. Diese Aufgaben werden vom Aufsichtsrat der Mutares Management SE wahrgenommen.

4. Hauptversammlung

Die Hauptversammlung einer KGaA hat grundsätzlich die gleichen Rechte wie die Hauptversammlung einer AG. Zusätzlich beschließt sie über die Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft, die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie über die Wahl und Entlastung des Gesellschafterausschusses. Zahlreiche Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafterin; hierzu gehört u. a. auch die Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft.

II. Abweichungen von Empfehlungen des DCGK

Abschnitt B DCGK

Die Empfehlungen B.1 bis B.4 DCGK enthalten detaillierte Vorgaben, die der Aufsichtsrat bei der Bestellung von Personen in den Vorstand berücksichtigen soll. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat jedoch keine Kompetenz für die Bestellung von Personen in den Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin, sodass die Empfehlungen zur Erst- und Wiederbestellung, Nachfolgeplanung und Diversität aufgrund ihrer Struktur nicht auf die Gesellschaft passen. Für die Besetzung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ist der Aufsichtsrat der persönlich haftenden Gesellschafterin zuständig. Lediglich höchstvorsorglich erklärt die Gesellschaft auch eine Abweichung von den genannten Empfehlungen. Nach Empfehlung B.3 DCGK soll die Erstbestellung von Vorstandsmitgliedern für längstens drei (3) Jahre erfolgen. Mit Wirkung zum 1. Juli 2024 wurde Dr. Lennart Schley bis zum 31. Dezember 2027 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Seine erste Amtszeit überschreitet damit die im Rahmen der Erstbestellung empfohlene Amtszeit von drei (3) Jahren. Nach Auffassung der Gesellschaft ist die Dauer der Erstbestellung von Dr. Lennart Schley im besten Interesse des Unternehmens. Aufgrund seiner bereits langjährigen Tätigkeit für die Gesellschaft in leitender Funktion im Bereich Operations ist die

Gesellschaft mit den Fähigkeiten und Kenntnissen des neuen Vorstandsmitglieds vertraut. Weiterhin ist es im Interesse des Unternehmens, seine Amtszeit mit einem Geschäftsjahr enden zu lassen.

Empfehlung D.4 DCGK

Nach Empfehlung D.4 DCGK soll der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss bilden, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern benennt. Aufgrund der aktuellen Größe des Aufsichtsrats, der aus vier (4) Anteilseignervertretern besteht, hält der Aufsichtsrat die Bildung eines Nominierungsausschusses für nicht erforderlich. Die Entscheidung über die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung kann im Gesamtremium vorbereitet und getroffen werden.

Empfehlung F.2 DCGK

Nach Empfehlung F.2 DCGK sollen der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein. Aufgrund komplexer Sondersachverhalte und einem damit verbundenen erhöhten Prüfungs- und Dokumentationsaufwand, war eine fristgerechte Veröffentlichung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2024 weder innerhalb der empfohlenen 90-Tage-Frist noch innerhalb der gem. handels- und börsenrechtlichen Vorschriften (§§ 325 Abs. 3, Abs. 4 Satz 1 HGB und §§ 51 Abs. 2, 50 BörsO der Frankfurter Wertpapierbörsen) verpflichtenden Frist von vier (4) Monaten nach dem Abschlussstichtag des Geschäftsjahres möglich. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden jedoch unverzüglich nach Abschluss der erforderlichen Arbeiten und der Abschlussprüfung veröffentlicht.

Die Gesellschaft strebt an, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht in Zukunft wieder gemäß den handels- und börsenrechtlichen Vorschriften (§§ 325 Abs. 3, Abs. 4 Satz 1 HGB und §§ 51 Abs. 2, 50 BörsO der Frankfurter Wertpapierbörsen) innerhalb von vier (4) Monaten nach dem Abschlussstichtag des Geschäftsjahres öffentlich zugänglich zu machen. Die Gesellschaft ist insofern weiterhin der Auffassung, dass die Veröffentlichung innerhalb dieser Fristen für die Informationsinteressen der Aktionäre, Gläubiger und anderer Stakeholder sowie der Öffentlichkeit ausreichend ist.

Abschnitt G.I DCGK

Die Empfehlungen G.1 bis G.16 DCGK enthalten detaillierte Vorgaben, die der Aufsichtsrat bei Festsetzung der Vorstandsvergütung berücksichtigen soll. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat jedoch keine Kompetenz zur Festsetzung der Vergütung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin, sodass die Empfehlungen zur Vorstandsvergütung aufgrund ihrer Struktur nicht auf die Gesellschaft passen. Die Vergütung des Vorstands

der persönlich haftenden Gesellschafterin wird vom Aufsichtsrat der persönlich haftenden Gesellschafterin festgesetzt. Lediglich höchstvorsorglich erklärt die Gesellschaft auch eine Abweichung von den genannten Empfehlungen.

München, im Dezember 2025

***Der Vorstand der
persönlich haftenden
Gesellschafterin***

***Der Gesellschafter- Der Aufsichtsrat
ausschuss***

Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Mutares SE & Co. KGaA unter <https://ir.mutares.com/corporate-governance/#dokumente> verfügbar.